

# Antinatalismus und Selektion. Von unmöglichen Elternschaften und verhinderten Kindern

Anthea Kyere, Susanne Schultz, Eva Sänger, Taleo Stüwe

Politiken des (Nicht-)Kinderkriegens sind in den letzten Jahren wieder verstärkt in den Blick der Geschlechterforschung und feministischer Politiken geraten. Zentrale Themen sind zum einen Zugänge zu assistierter Reproduktion und ‚Kinderwunschbehandlungen‘, zum anderen die Frage der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Weitaus weniger intensiv werden demgegenüber gesellschaftliche Machtverhältnisse bearbeitet, die beeinflussen, wessen und welche Kinder nicht geboren oder welche Mutter- bzw. Elternschaften nicht ermöglicht werden sollen. Der Blick auf disreproduktive Infrastrukturen und stratifizierte Reproduktion im Kontext globaler sozialer Ungleichheit, Rassismus, Ableismus und Cis-Heteronormativität ist jedoch für einen intersektionalen Feminismus zentral. Eine solche Perspektive ermöglicht es, die Kehrseiten und Leerstellen der aktuellen Zentrierung auf den Wunsch nach einem ‚gesunden‘ und ‚körperlich verbundenen‘ Kind zu eruieren. So kann das wichtige Recht, sich gegen ein Kind entscheiden zu können, kontextualisiert werden. Zudem ermöglicht ein intersektionaler Blick es, die Frage der reproduktiven Selbstbestimmung kollektiv und solidarisch zu rahmen, anstatt sie – wie es oftmals in Pro-Choice-Kontexten geschieht – stark zu individualisieren. Als hilfreich hat sich das Konzept der Reproduktiven Gerechtigkeit aus dem US-amerikanischen Schwarzen Feminismus erwiesen, welches in den letzten Jahren zunehmend transnational zirkuliert. Eingefordert wird mit diesem Konzept ein explizit globaler Blick darauf, wie unterschiedlich strukturelle und institutionelle Gewaltverhaltnisse im Kontext von impliziten oder expliziten Bevolkerungspolitiken wirken. Denn sie beeinflussen, inwiefern die Geburten welcher Kinder als erwünscht gelten oder welche Mutter- bzw. Elternschaften überhaupt gefördert werden. Um dies sichtbar zu machen, ergänzten die Begrunder\_innen der Reproduktiven Gerechtigkeit das weiterhin wichtige Recht, sich gegen das Kinderkriegen entscheiden zu können, um zwei zentrale Grundsätze: das Recht, sich für Kinder entscheiden zu können, sowie das Recht, Kinder unter guten Bedingungen groziehen zu können.

Dieser Heftschwerpunkt befasst sich mit den komplexen Reproduktionsverhaltnissen, auf welche sich die beiden letzteren Rechtsansprüche beziehen. Zwei Beiträge behandeln antinatalistische Genealogien: Sie befassen sich kritisch damit, welche Auswirkungen (neo)malthusianische Narrative und antinatalistische Programme auf Politiken der Reproduktion in unterschiedlichen Kontexten und historischen Phasen haben bzw. hatten. Und sie fragen danach, welche Erzählungen von selektiv zu verhindernder Reproduktion das Kinderkriegen auch dann prägen, wenn entsprechende repressive Regierungsprogramme sich erst anbahnen oder bereits der Vergangenheit angehören. *Yolinliztli Pérez-Hernandez* und *Carolin Schurr* zeigen aus einer medizinanthropologischen Perspektive, inwiefern postkoloniale antinatalistische Bevolkerungsprogramme in Mexiko bis heute gesellschaftlich tief verankert sind und weiterhin die alltäglich dominanten Praktiken der Sterilisation von Frauen prägen. Die Politik der Sterilisation schlägt sich in internen Quotensystemen öffentlicher Krankenhäuser ebenso nieder wie darin, dass sich diejenigen, die sich ‚freiwillig‘ sterilisieren lassen, kaum kritisch mit



diesen Narrativen auseinandersetzen. Die Literaturwissenschaftlerin *Jasmin Köhler* widmet sich in ihrem Text dem Roman *Gilgi, eine von uns* (1931) von Irmgard Keun. Dieser gilt als ein Schlüsselroman, der das Thema Abtreibung literaturfähig machte. Zentral ist in diesem Beitrag die Frage der glückenden Mutterschaft – bzw. wem diese zugeschrieben wird. Anhand ungewollter Schwangerschaften sozial unterschiedlich positionierter Frauenfiguren arbeitet Köhler selektiv pronatalistische und neomalthusianische Narrative der Weimarer Republik heraus.

Zwei weitere Beiträge behandeln den aktuellen Stand (potenziell) selektiver Reproduktionstechnologien: Diese richten sich darauf, Kinder mit bestimmten Eigenschaften lieber nicht zur Welt kommen zu lassen. Sich stetig ausweitende präkonzeptionelle, präimplantative und pränatale Diagnostikverfahren führen in Verbindung mit ableistischen Narrativen dazu, dass Schwangerschaften selektiv abgebrochen oder Eizellgebende im Rahmen assistierter Reproduktion nach ihrer ‚genetischen‘ Eignung vorsortiert werden.

*Taleo Stüwe* untersucht in seinem im Feld der empirischen Medizinethik und den Disability Studies angesiedelten Beitrag, welche Vorstellung von Behinderung schwangerschaftsbegleitende Gynäkolog\_innen aufweisen. Es wird deutlich, dass die im Rahmen einer Interviewstudie befragten Ärzt\_innen zwar insgesamt einer umfassenden vorgeburtlichen Suche nach fetalen Auffälligkeiten kritisch gegenüberstehen, gleichwohl jedoch negative Assoziationen zum Leben mit Kindern mit Beeinträchtigungen vorherrschen. Hierdurch, so Stüwe, werden ableistische Narrative implizit reproduziert und die weitere Annäherung an das Ideal selbstbestimmter Entscheidungen verhindert.

Eine bisher wenig diskutierte Dimension der Selektion etabliert sich zunehmend im Kontext assistierter Reproduktionsverfahren: *Laura Perler* argumentiert aus kulturanthropologischer Perspektive, dass die Praxis der sogenannten Eizellspende in Spanien nicht nur als assistierte, sondern auch als selektive Reproduktion verstanden werden muss. Der routinisierte Einsatz genetischer Anlageträger\_innentests bei der Auswahl geeigneter Spender\_innen zeigt die Normalisierung der Absicht, ein ‚gesundes‘ Kind zu produzieren. Wie etabliert eine technikaffine und von ableistischen Annahmen geprägte Zukunftsvision in der spanischen Drittparteireproduktion bereits ist, verdeutlicht Perler außerdem am Fortschrittsverständnis des dort tätigen Klinikpersonals.

Schließlich befasst sich ein Beitrag mit dem Recht darauf, Kinder unter guten sozialen Bedingungen und frei von Gewalt aufziehen zu können. Die Frage abgewerteter oder sogar verhinderter Mutter- bzw. Elternschaft ist in Deutschland insgesamt noch wenig beforscht. Einen wichtigen Aspekt davon behandelt die Soziologin *Lea Ulmer* in ihrem Text zu rassistischen Hintergründen institutionellen Kindesentzugs. Sie zeigt, dass der Fokus von deutschen Jugendämtern oftmals stark darauf liegt, die individuelle Erziehungsfähigkeit von rassistisch diskriminierten Müttern oder Eltern zu hinterfragen. Strukturelle Bedingungen, wie schlechte Wohnverhältnisse oder auch bürokratische und sprachliche Hürden in der Kommunikation mit den betroffenen Eltern, werden als gegeben vorausgesetzt, statt dort anzusetzen. Anstelle eines negativen und ausgrenzenden Verständnisses sozialer Sicherheit schlägt Ulmer eine positiv gewandte und alle gleichermaßen umfassende Konzeption von Sicherheit vor.

Mit diesem Spektrum an Beiträgen wollen wir zu einer Erweiterung der feministischen Analysen und Interventionen zum Thema Reproduktion beitragen. In Zeiten multipler sich zuspitzender globaler Krisen, autoritärer Formierung, Klimakatastrophen,

Kriegen und sich weiter verschärfender sozialer Ungleichheit lässt sich die Frage des Kinderkriegens, der Mutter- und Elternschaft nicht mehr auf individualisierte und/oder entkontextualisierte Rechtsansprüche herunterbrechen. Die hier versammelten Autor\_innen verweisen auf komplexe (globale) Machtverhältnisse, die in unterschiedlichen geografischen und historischen Kontexten zu einer selektiven Förderung bestimmter Elternschaften, Kinder und Familienkonstellationen führen. Und sie zeigen auf, wie Ausschlüsse von selbstbestimmter Reproduktion und strukturelle Gewalt entstehen – insbesondere für marginalisierte Communities.

Die drei hier bearbeiteten Themenkomplexe erschöpfen aber bei Weitem nicht alle wichtigen Aspekte und Perspektiven, wenn wir nach verhinderten Kindern und unmöglichen Elternschaften fragen. So fehlt eine tiefergehende Auseinandersetzung damit, welche Familienkonstellationen bzw. Formen des intergenerationellen Zusammenlebens gesellschaftlich und institutionell gefördert und unterstützt werden – und welchen es weiter schwer bis unmöglich gemacht wird. Weiterhin gibt es viele Hürden für alternative Familienkonstellationen bzw. Elternschaften wie beispielsweise Co-Elternschaften, Mehrelternfamilien oder queere (Wunsch-)Eltern, die im Schwerpunkt dieses Hefts keinen Platz gefunden haben. Angesichts der expandierenden, technologisch eingebetteten und unterstützten Logik einer Genetisierung und Biologisierung von Verwandtschaft ist es wichtig, Erfahrungen und Visionen alternativer Praktiken des Zusammenlebens mehr zu beachten, als es in diesem Schwerpunkt möglich war. Zum Weiterdenken benötigt es Forschungen und Auseinandersetzungen rund um das Sich-Verwandt-Machen, sei es in Form von Adoptionen, Pflegschaften oder auch offeneren Formen des Zusammenlebens über die Generationen hinweg – ebenso wie die Aufmerksamkeit dafür, wem es entlang stratifizierter Ungleichheit besonders schwer gemacht wird, diese Alternativen zu leben.

## Offener Teil

Der Offene Teil wird durch einen Beitrag von *Eva Wegrzyn* und *Anja Mallat* über die Rolle der Hochschulkommunikation bei der Sichtbarmachung von Wissenschaftlerinnen eröffnet. Auf der Basis einer Interviewstudie veranschaulichen sie, inwiefern Akteur\_innen der Hochschulkommunikation ungleiche Geschlechterverhältnisse reproduzieren, indem Forschungen von Wissenschaftlerinnen nur defizitär sichtbar gemacht werden. Während die Mitarbeitenden der Hochschulkommunikation ihren Einfluss selbst eher relativieren, diskutieren Wegrzyn und Mallat aus macht- und repräsentationstheoretischer Perspektive deren (Mit-)Verantwortung an einer fehlenden Sichtbarmachung.

*Ulf Banscherus* fokussiert in seinem Aufsatz auf das wissenschaftsunterstützende Personal an Universitäten, das in der Gleichstellungsarbeit häufig unbeachtet bleibt, obgleich es einen hohen Frauenanteil aufweist. Ausgehend von der Humankapitaltheorie und der Devaluationshypothese und auf der Grundlage des DGB-Hochschulreports legt er dar, inwiefern geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Lohnunterschiede in diesen Anstellungsfeldern bestehen. Weil der Benachteiligung aber vor allem strukturelle Ungleichheiten und systematische Abwertung weiblich dominierter Tätigkeiten zugrunde liegen, kann sie mit der Humankapitaltheorie nicht ausreichend erklärt werden und es bedarf weiterer Forschung, um die Ursachen zu ergründen und mögliche Lösungen aufzuzeigen.

Im dritten Beitrag geht *Julia Hahmann* der Frage nach der Bedeutung der familialen Norm für Einelternfamilien nach. Anhand von Interviews zum Alltag von Alleinerziehenden und der intersektionalen Mehrebenenanalyse wird herausgestellt, dass die Figur der ‚normalen Familie‘ von Einelternfamilien als institutionell wie diskursiv relevant erlebt wird. Die Autorin zeigt, inwiefern die damit einhergehenden widersprüchlichen Anforderungen von Erwerbs- und Care-Arbeit individuell und insbesondere von alleinerziehenden Müttern kaum bearbeitet werden können und welche intersektionalen Diskriminierungen daraus resultieren.

Abgeschlossen wird der Offene Teil mit einem Aufsatz von *Florian Ruf*, der eine Übersicht über die Maßnahmen und Lücken von Non-Quota-Strategien deutscher Landesparteien bietet. Anhand eines Punktesystems weist die Erhebung digitaler Parteidokumente auf die Unterschiede zwischen linken, rechten und Parteien aus der Mitte hin, die sich zum Beispiel hinsichtlich der Verbindlichkeit oder Vetomöglichkeit der Strategien ergeben. Insgesamt verdeutlicht der Autor, dass die Relevanz von festen Quoten und Gleichstellung in der parteilichen Programmatik mit deren Etablierung von Non-Quota-Strategien korreliert. Wo dies nicht geschieht, ist von einem latenten Widerstand gegen Geschlechtergleichheit auszugehen, aufgrund dessen auch die Non-Quota-Strategien in ihrer Gesamtheit nur bedingt wirken.

Die Ausgabe wird durch Besprechungen von vier aktuellen Publikationen aus dem Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung abgerundet.

*Die Zeitschrift GENDER bedankt sich bei allen Gutachter\_innen, die diese Ausgabe durch ihre Expertise unterstützt haben. Zudem bedanken wir uns bei den Konsortialpartner\_innen des Projekts KOALA, die den Open Access der Zeitschrift ermöglichen.*